Anlage zum Protokoll des Treffens des Expertennetzwerks am 25.08.2015 in Pattensen

Stand der Ländervernetzung

Baden-Württemberg (Bericht von Marianne Reißing, MGH Freudenstadt)

In Baden-Württemberg wurde die Form einer nicht vereinsrechtlichen Landesarbeitsgemeinschaft mit einem derzeit 7-köpfigem Sprecherratsteam herausgebildet. Der Sprecherrat setzt sich aus Vertreterinnen der MGH in Baden-Baden, Freudenstadt, Haslach, Heilbronn, Ludwigsburg, Stutensee und Veringenstadt zusammen, einer Trägervielfalt wird hier auch Rechnung getragen. Der Sprecherrat hat mit finanzieller Unterstützung des Sozialministeriums nun eine eigene Homepage eingerichtet: www.mehrgenerationenhaus-baden-wuerttemberg.de. Die zwei Moderationskreistreffen in Baden-Württemberg treffen sich seit 2015 gemeinsam zu einem Gesamtmoderationskreistreffen.

Es bedarf seitens der MGH in Baden-Württemberg weiterhin noch einiges an politischer Lobbyarbeit, um die Sozialministerin, Frau Katrin Altpeter, für die MGH „politisch“ zu gewinnen. Zum bisherigen zuständigen Referat 21 „Generationenpolitik, Demografie“ bestand seitens des LAG-Sprecherrats der MGH eine enge und sehr vertrauensvolle Zusammenarbeit. Das Sozialministerium entsandte zu allen MK-LAG-Treffen auch jeweils eine/n VertreterIn aus dem Ministerium und signalisierte somit sein starkes Interesse an der Arbeit der MGH. Geringe Finanzmittel wurden einerseits für die Neueinrichtung einer LAG MGH-Homepage als auch als Wettbewerbsgelder (z.B. für Ausschreibungen wie „GenerationenDialog“) explizit und ausschließlich für MGH und Mütter- und Familienzentren vom Sozialministerium zur Verfügung gestellt.

Eine Zusage für eine Kofinanzierung durch das Land gibt es nicht. Leider wurden zum Sommer 2015 erneut größere Umstrukturierungen im Ministerium vorgenommen, so dass für die MGH auch neue Referate und Zuständigkeiten gelten. Dies erfordert große "neue politische Anstrengungen" und Energie seitens des Sprecherrates. Das neue zuständige Referat für die MGH ist nun seit Juli 2015 mit Frau Maria Diop, der neuen zuständigen Referatsleiterin des Referats 31 Generationenpolitik, Senioren im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren besetzt. Der erste Termin mit Frau Diop wird am 05.10.2015 im Ministerium mit dem Sprecherrat Baden-Württemberg stattfinden.

Der Sprecherrat LAG MGH Baden-Württemberg hat darüber hinaus eine politische Strategie in Planung, um im Blick auf die mit Spannung zu erwartenden Landtagswahlen 2016 jetzt schon Lobby für die MGH anzubahnen. Es wurden seitens des Sprecherrates z.B. alle Parlamentarier und MinisterInnen angeschrieben. Der politische Dialog soll strategisch mit vielen Regierungs- und auch Nichtregierungspersonen/verbänden angegangen werden. Die ersten Gespräche mit dem Sozialministerium und den Regierungsparteien sind

für Oktober und November 2015 terminiert. Gespräche mit den Oppositionsparteien seitens des Sprecherrates sollen im Spätherbst und Anfang 2016 folgen. Der Sprecherrat hat beispielsweise in 2015 aktuell am Positionspapier des Landesfamilienrates Baden-Württemberg zur „Familienbildung" mitgearbeitet. Das Positionspapier „Familien stärker machen. Eltern- und Familienbildung als zentraler Baustein der Familienförderung" liegt nun als Broschüre vor, in welchem die Positionen und Forderungen an die Politik niedergeschrieben sind. Die Broschüre ist an die Politik (Landespolitik und kommunale Ebene) und die Fachöffentlichkeit adressiert.

Hier wurde unter anderem ein „Qualitätspapier" zur Familienbildung erarbeitet, welches ggf. als „Qualitätsfaden Familienbildung" in Baden-Württemberg dienen könnte. Politische Forderungen sind hierbei z.B., dass auf der Grundlage des KJHG § 16 SGB VIII die „Familienbildung als Pflichtaufgabe auf kommunaler und politischer Ebene" festgeschrieben werden soll und dass beispielsweise die MGH, Familienzentren, freie Träger der Jugendhilfe im Familienbildungsbereich möglichst gleichwertig berücksichtigt werden sollen.

Das schon einige Jahre fortgeschriebene Landeselternbildungsprogramm „STÄRKE“ ist für die MGH und Mütter- und Familienzentren eine Möglichkeit, auch niederschwellige Familienbildungsbereiche finanziell über das Land abrechnen zu können. Erstmalig wurde zu unserer Freude der Offene Treff auch in diese Landesförderung mit aufgenommen, was die tradierten Familienbildungsträger zum Umdenken zwingen wird.

Baden-Württemberg hat als erstes Bundesland 2014 eine Engagement-Strategie entwickelt. Die Landesregierung hat die MGH im Vorfeld als auch in der Umsetzung aktiv eingebunden. Ziel des bundesweit einmaligen Vorhabens ist es, bürgerschaftliches Engagement unter Mitwirkung aller Akteure durch verbesserte Rahmenbedingungen zu stärken. Man möchte damit neue Engagierte gewinnen und gemeinsam eine solidarische und vielfältige Gesellschaft gestalten. Mit Gisela Erler, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Staatsministerium Baden-Württemberg, haben die MGH's und Mütter- und Familienzentren eine politisch Verbündete.

Desweiteren soll im Rahmen der Demografiestrategie des Landes ein „Kompass Seniorenpolitik“ entwickelt werden. Hierzu wurden 2014 in allen vier Regierungsbezirken vier groß angelegte „Seniorenpolitische Werkstattgespräche2 vom 9. April bis 4. Juni 2014 abgehalten. Es waren geladen: Verbände, Wissenschaft, Kommunen, Seniorenräte sowie Menschen, die durch ihren Beruf und ihr ehrenamtliches Engagement über ein vielfältiges Wissen und Erfahrungen in der Arbeit mit und für ältere Menschen verfügen. Auch aus den MGH wurden fünf VertreterInnen aus Baden-Württemberg berufen mitzuwirken (MGH Biberach, MGH Freudenstadt, MGH Ludwigsburg, MGH Ravensburg, MGH Stuttgart). Eine sehr umfangreiche Dokumentation liegt hierzu nun vor, sie soll Grundlage für die Weiterentwicklung des seniorenpolitischen Konzepts der Landesregierung sein. Im September 2015 wurde diese zur Verabschiedung dem Parlament vorgelegt.

Lokale Bündnisse für Flüchtlinge sollen gegründet und die MGH einbezogen werden. Dafür soll/könnte dann auch Geld aus dem Landeshaushalt fließen, doch die Erfahrung zeigt bislang leider, dass die Geldflüsse eher zu den großen Wohlfahrtsträgern und Kirchen gehen.

Am 20.7.2015 ist seitens der Landesregierung erneut eine Demographietagung, die 4. Fachtagung Demografie - Generationenpolitik in der Evangelischen Akademie in Bad Boll (www.ev-akademie-boll.de) durchgeführt worden, die unter dem Motto: „Generationendialog – Mehrgenerationenhäuser als Chance im Quartier“ stand. Hier wirkten außer der Sozialministerin Frau Altpeter, inhaltlich auch die MGH in Baden-Württemberg sowie der Sprecherrat und die SAG mit. Zielgruppen der Tagung waren die Kommunen und deren VertreterInnen.

Die FaFo FamilienForschung Baden-Württemberg ist eine sozialwissenschaftliche Forschungseinrichtung im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg mit Arbeitsschwerpunkt Familienwissenschaft. Haupttätigkeitsfeld der FamilienForschung ist neben der empirischen Analyse der Lebenssituation von Familien die anwendungsorientierte Politik- und Organisationsberatung zur nachhaltigen Gesellschaftsentwicklung. Die FamilienForschung Baden-Württemberg bietet zum einen Daten und Analysen - z.B. in Form der fortlaufenden Familienberichterstattung, von Auftragsstudien oder Indikatorenberichten. Zum anderen begleitet und unterstützt sie Kommunen und Arbeitgeber mit praxisorientierten Beratungs-, Beteiligungs-, Bildungs- und Informationsangeboten bei der nachhaltigen Kommunal- und Organisationsentwicklung. So unterstützt das Service-Portal www.familienfreundliche-kommune.de die kinder-, jugend-, familien- und seniorenfreundlichen Aktivitäten in den Gemeinden, Städten, Kreisen und Regionen. Es bietet eine gemeinsame Plattform für den Informations- und Erfahrungsaustausch zur kommunalen Familienpolitik. Das Portal richtet sich an alle familienpolitisch Aktiven und an die interessierte Öffentlichkeit.

Die FaFo FamilienForschung Baden-Württemberg führt z.B. auch seit geraumer Zeit das Integrierte Managementverfahren »Familienfreundliche, bürgeraktive und demografiesensible Kommune« durch. Für eine familienfreundliche, bürgeraktive und demografiesensible Kommune - unter diesem Leitmotto fördert das integrierte Managementverfahren die nachhaltige strategische Ausrichtung in den Gemeinden und Städten Baden-Württembergs. Das Managementverfahren bietet den Kommunen professionelle Prozessbegleitung, Bürgerbeteiligung, Qualifizierung und Qualitätssicherung bei der Bewältigung ihrer konkreten demografischen Herausforderungen. Das Managementverfahren ist ein Angebot des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, dem Gemeindetag Baden-Württemberg, Städtetag Baden-Württemberg und Landkreistag Baden-Württemberg, dem Kommunalverband für Jugend und Soziales, der Akademie Ländlicher Raum sowie der FamilienForschung des Statistischen Landesamtes. Ziel und Bausteine des Projekts sind:

1. Zukunftswerkstatt – Prozessbegleitung – Handlungskonzept
2. Qualifizierung des Familien- & Demografie-Managements
3. Qualitätssicherung und Fortschreibung des Handlungskonzepts

Bayern (Bericht von Wolfgang Rückert/, MGH Langenfeld, Kerstin Wenzl, MGH Fürth, Uschi Weber, MGH München)

In Bayern gibt es den Sprecherrat als Landesvernetzung. Mitglieder sind: Klaus Dieter Walter, Eching, Uschi Weber, München, Heike Syma Wunsiedel, Franz Josef Sauer, Arnstein Binsfeld sowie Kerstin Wenzl, Fürth. Im Februar 2015 fand in Würzburg auf dem Gesamtmoderationskreistreffen der drei Moderationskreise die Neuwahl des Sprecherrates statt. Es sind Sabine Nölke Schaufler, Wolfgang Rückert und Helmut Kellner ausgeschieden. Aus dem jetzigen Sprecherrat wurden drei Personen als Vertreter ins Bundesnetzwerk als Delegierte gesandt.

Wolfgang Rückert, MGH Langenfeld und Kerstin Wenzl, MGH Fürth haben das Forschungsprojekt der Technischen Hochschule „Generationenmanagement vor Ort“ unter Leitung von Frau Prof.Dr. Doris Rosenkranz mit begleitet. Das Projekt wurde vom Bayrischen Staatsministerium beauftragt. In der nächsten Förderphase geht es in die direkte Umsetzung. Der Sprecherrat hatte im April 2015 einen Termin beim Staatssekretär, Herrn Dr. Füracker im Finanz und Heimatministerium, bei dem nochmals erklärt wurde, dass MGH zum Thema Heimat gehören und Menschen in ihrer Heimat nur dann bleiben, wenn die Infrastruktur für jedes Lebensalter stimmt. Zudem wurde nochmals darauf hingewiesen, dass alle bayrischen Kommunen mit einem Zuschuss von 5.000 Euro bedacht werden sollen. Der aktuelle Zuschuss betrifft nur ca. 50 Kommunen. Dies wird jetzt in den Haushaltsberatungen noch einmal diskutiert.

Bayern hat fünf Modellstandorte für das Projekt „Koordinierungsstelle für Randzeitenbetreuung und Pflege“ ausgeschrieben. Die Bewerbung endete Ende Juli 2015 und richtete sich ausschließlich an MGH. Die Modellstandorte sind schon ausgewählt, aber noch nicht öffentlich kommuniziert. Beim Besuch der Landtagspräsidentin Barbara Stamm in Arnstein-Binsfeld hat der Kollege Sauer vom MGH Binsfeld erreicht, dass der Sprecherrat noch im Jahr 2015 eine Redezeit zum Thema MGH im bayrischen Landtag erhält.

Berlin (Bericht von Richard Palm, MGH Berlin-Reinickendorf)

Die Berliner MGH sind bei Gesprächen mit dem Land (SenBJW) in einer Sackgasse. SenBJW ist formal zuständig, hat aber aufgrund des Programms Familienzentren keine Mittel für MGH in den Haushalt eingestellt und auch sehr geringe Möglichkeiten der Unterstützung.

Die MGH würden eine formale Zuständigkeit bei SenGS begrüßen, da dort auch die Stadtteilzentren angesiedelt sind mit denen eine große inhaltliche Nähe besteht.

Brandenburg (Bericht von Heike Kötter, MGH Königs Wusterhausen)

Das Land Brandenburg hat der Landesarbeitsgemeinschaft der MGH in Brandenburg angeboten, eine Koordinierungsstelle für die Brandenburger MGH zu schaffen. Diese setzt sich wie folgt zusammen: PK ½ Stelle und SK-Förderung. Herr Karheinz Richter vom MGH Nuthetal wurde als Person benannt. Die Optionen Vereinsgründung oder externe Kraft wurden verworfen. Der Antrag wird über den Träger des Mehrgenerationenhauses Nuthetal e.V. bis zum 31.10.2015 gestellt. Die Finanzierung sollte nach Meinung der Landesarbeitsgemeinschaft der MGH in Brandenburg analog des Netzwerkes „Gesunde Kinder" erfolgen.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Mehrgenerationenhäuser Brandenburg veranstaltet am Donnerstag, den 08. Oktober 2015 im Treffpunkt Freizeit Potsdam einen Fachtag unter dem Motto: „Familiengerechtes Brandenburg – die Mehrgenerationenhäuser (MGH) sind dabei". Ziel ist es, die Vielfalt der Angebote der Mehrgenerationenhäuser im Land Brandenburg sichtbar zu machen und ihr Wirken in den jeweiligen Sozialräumen darzustellen. Darüber hinaus dient der Fachtag als Plattform für den Austausch von Erfahrungen zwischen den Brandenburger Mehrgenerationenhäusern, ihren Kooperationspartnern, den Kommunen, den Landkreisen und der Landespolitik. Gemeinsam werden an diesem Tag Wege zum Ausbau und der nachhaltigen Sicherung der Arbeit der Mehrmehrgenerationenhäuser diskutiert und erste Vereinbarungen getroffen. Seit 2007 haben sich die Mehrgenerationenhäuser auch im Land Brandenburg mit ihrem verbindenden Charakter zu einem wichtigen Bestandteil der sozialen Infrastruktur und kommunalen Daseinsvorsorge entwickelt. Sie veranschaulichen, welche Kraft, welchen Einfallsreichtum und welchen nachhaltigen Nutzen bürgerschaftliches Engagement entfalten kann. Dies bewährt sich gerade auch in der bundesweiten aktuellen Situation bei der Versorgung und Unterstützung der Flüchtlingsströme. Um die vielen einzelnen Mehrgenerationenhäuser und ihre Initiativen zu unterstützen sowie Kräfte zu bündeln hat sich im Jahre 2011 die Landesarbeitsgemeinschaft der Mehrgenerationenhäuser in Brandenburg gegründet. Die Durchführung des Fachtages am 8.10.2015 bildet den Höhepunkt der bisherigen gemeinsamen Aktivitäten der MGH und der Landesarbeitsgemeinschaft. Der Fachtag wird durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg unterstützt. Weitere Informationen zum Fachtag sind auf der Internetseite der LAG unter www.lag-mgh-brb.de zu finden.

Hamburg (Bericht Rainer Picker, MGH Hamburg Billstedt)

In Hamburg wurde eine LAG gegründet, um am Bundesnetzwerk teilnehmen zu können. Das Landesnetzwerk wurde erst im April 2015 gegründet. Alle vier Hamburger MGH sind beigetreten.

Hessen (Bericht von Christiane Kompch-Maneshkarimi, MGH Oestrich-Winkel, Angelika Seidler, MGH im Landkreis Darmstadt-Dieberg)

Das Landesnetzwerk MGH Hessen wurde 2010 als Fach- und Beratungsnetzwerk gegründet. Es hat sich am Deutschen Seniorentag vom 2. - 4. Juli 2015 in Frankfurt beteiligt. Es gab einen eigenen Infostand und einen Stand beim Hessischen Sozialministerium. 20 hessische MGH haben sich beteiligt. Außerdem hatte die BAGSO die hessischen MGH zu einer Talkrunde und kulturellen Beiträgen auf die Generationeninsel eingeladen. Ein Hessisches Haus war am Samstag, den 4. Juli, 2015 zudem am Stand des Bundesministeriums vertreten. Weiterhin gab es eine Beteiligung am Hessischen Familientag des Landes Hessen in Alsfeld mit einem eigenen Stand und Aktionen. Dieser Tag findet alle zwei Jahre statt und das Landesnetzwerk ist seit 2011 immer daran mit beteiligt. Damit war das gesamte MGH Landesnetzwerk vor der Sommerpause öffentlichkeitswirksam aktiv. Die Hessischen MGH sind mit 400.000 Euro im Haushalt eingestellt. Es muss aber noch ausgehandelt werden, wie die Förderung dann konkret aussieht und verteilt wird. Demnächst wird es wieder ein Gespräch mit dem Sozialministerium geben. Auf den Moderationskreistreffen bereitet jetzt immer jedes Haus zu dem jeweiligen Thema einen Handzettel vor. Diese sammeln wir und können uns so besser Hilfe und Unterstützung geben im Sinne der kollegialen Beratung.

Was ganz neu ist, ist die Tatsache, dass es wohl doch keine Landesserviceleitstelle in Wiesbaden geben wird für MGH und Familienzentren. Das wurde dem Landesnetzwerk von einer Mitarbeiterin des hessischen Sozialministerium mitgeteilt. Vermutlich bis November 2015 wird es noch in einer kleinen MGH-Leiter-Runde ein Gespräch im HSMI geben zum Thema „Zukunft MGH in Hessen für Hessen“. Der genaue Termin steht noch nicht fest.

Mecklenburg –Vorpommern (Bericht Jörg Piecha, MGH Sassnitz

Leider wird die Landesregierung die finanzielle Beteiligung nicht institutionell organisieren. Die Förderung der Familienzentren läuft in diesem Jahr aus. Diese Mittel werden den Landkreisen zugeteilt. Dort könnten die MGH projektgebunden Sachmittel beantragen. Tatsächlich werden aber Personalmittel benötigt.

Niedersachsen und Bremen

Bremen: (Heike Binne, MGH Bremen-Lüssum)

Im Mai 2015 fand in Bremen die Bürgerschaftswahl statt. In der neuen Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD und den Grünen für die Wahlperiode von 2015 – 2019 steht:
„Die Mehrgenerationenhäuser in Bremen-Lüssum und Bremerhaven sind sowohl Anlaufpunkte für bürgerschaftliches Engagement, als auch wichtige Kontaktstellen für neue Bürgerinnen und Bürger mit und ohne Migrationshintergrund. Sie sind gelebte, praktizierte und echte Vernetzung und erfüllen insbesondere für Flüchtlinge eine wichtige Integrationsaufgabe. Das Land wird die Mittel zur Weiterfinanzierung des Mehrgenerationen-Bundesprogramms ergänzend zur Verfügung stellen."

Es gibt die Aussage aus der Behörde, dass eine Landeshaushaltsstelle dafür eingerichtet wurde. Damit trägt nicht nur die gute Arbeit vor Ort, sondern auch die jahrelange Lobbyarbeit für die Mehrgenerationenhäuser und speziell auch das Engagement in den Bundestags- und Bürgerschaftswahlkämpfen Früchte. Da im Bundesland Bremen (aufgrund seiner Größe) lediglich zwei Mehrgenerationenhäuser vom Bundesfamilienministerium gefördert werden, wurde keine eigene Ländervernetzung geschaffen, sondern Bremen hat sich schon seit 2011 der Vernetzung in Niedersachsen angeschlossen. Die großen Ländertreffen finden meistens in Hannover statt. In 2014 konnten auch ein Ländertreffen in Bremen organisieren werden mit Empfang im Rathaus.

Niedersachsen: (Henriette Eichner, MGH Nordenham, Sabine Genther, MGH Salzgitter, Annette Köppel, MGH Pattensen)

Es besteht eine kontinuierliche und konstruktive Zusammenarbeit zwischen dem Niedersächsischem Sozialministerium und der Steuerungsgruppe der MGH in Niedersachsen. Herr Schnippkoweit und / oder Frau Manke nehmen auf Einladung an den Steuerungsgruppentreffen teil. Das Niedersächsische Sozialministerium steht aber auch in der alltäglichen Arbeit als Ansprechpartner zur Verfügung.

Beim letzten Treffen wurde das Thema Kooperation mit den Integrationsreferenten der Landkreise in Bezug auf die Flüchtlingsarbeit thematisiert. Herr Schnipkoweit bat darum, dass die MGH an die betroffenen Verantwortlichen vor Ort herantreten sollten. Dies wurde seitens der Steuerungsgruppe unter dem Aspekt, dass immer die MGH's auf andere zugehen müssen/sollen, hinterfragt und gebeten, dass es auch einmal anders

herum möglich wäre. Herr Schnipkoweit fand den Gedanken nachvollziehbar und wollte veranlassen, dass bei einem Treffen der Integrationshelfer auf Länderebene die Steuerungsgruppe der MGH dazu kommt, um den Austausch und Formen der Kooperation zu beraten.

Weiterhin haben wir Herrn Schnipkoweit bzgl. der weiteren Finanzierung der MGH's auf Bundesebene bei den weiteren Gesprächen darum gebeten, dass sich Bund - Länder-Kommunen dafür einzusetzen, dass die derzeitige Bindung der Fördermittel von 50% für Personalkosten und 50% für Sachkosten aufgehoben bzw. zu Gunsten der Personalkosten verändert wird. Er wollte dieses Anliegen mitnehmen und sich dafür einsetzen. Die Steuerungsgruppe hat überlegt im Rahmen von Lobbyarbeit und für die Nachhaltigkeit der MGH eine „Demo" / Veranstaltung vor dem Landtag zu dem Thema: „Wir sagen DANKE" mit allen MGH aus Niedersachsen und Bremen durchzuführen. Diese Überlegung soll noch weiter konkretisiert werden.

In Niedersachsen steht in der Richtlinie für die MGH die Verpflichtung mit den Pflegestützpunkten und den Seniorenbüros eine Kooperationsvereinbarung zu schließen. Die gleiche Verpflichtung steht in den neuen Richtlinien für die Pflegstützpunkte und Seniorenbüros. Es gibt bereits einige MGH in Niedersachsen (z.B. Salzgitter) die eine Kooperationsvereinbarung geschlossen haben. In Pattensen ist daraus der „Seniorenbegleiter“ als Projekt entstanden.

Der Referent des Landesbeauftragten für behinderte Menschen ist auf die MGH zugegangen und kann sich gut vorstellen, dass für Menschen mit Behinderungen über das persönliche Budget einen Arbeitsplatz im MGH eingerichtet werden kann. Es gibt bereits gute Erfahrungen über Außenarbeitsplätze in MGH (z.B. Salzgitter). Es wurde das MGH-Konzept im niedersächsischen Landesbeirat für Behinderte vorgestellt.

Simone Welzien vom Familienzentrum und MGH KESS hat die Mehrgenerationenhäuser in einer Expertenrunde zum Thema „Familienzentren in Niedersachsen“ vertreten. Es wurde eine Handreichung für die Nifbe (niedersächsischen Institut für frühkindliche Bildung) Reihe: Beiträge zur Professionalisierung erarbeitet. Es ist gelungen die Mehrgenerationenhäuser dort zu platzieren.

<u>Auszug aus dem Papier:</u>
Insbesondere Kindertageseinrichtungen sind der ideale Ort für die Entwicklung von Familienzentren, da sie nahezu flächendeckend in Niedersachsen (rund 4000 Einrichtungen) vorhanden sind. Außerdem können weitere Einrichtungen, wie z.B. Mehrgenerationenhäuser, Familienbildungsstätten oder Grundschulen, im Verbundsystem geeignet sein:

Mehrgenerationenhäuser bieten die Chance, gerade generationenübergreifend Angebote in ländlichen Regionen mit hohem Altersdurchschnitt einzurichten (über 50 MGH in Niedersachsen). Falls es zu einer landesweiten Förderungen von Familienzentren kommt, können sich die MGH bewerben.

Nordrhein-Westfalen (Bericht von Christa Burghardt, MGH Hagen)

Die Landesregierung hat zwar den MGH-Rahmenvertrag unterzeichnet, fokusiert aber nach wie vor ihre Förderung auf die Familienzentren sowie das Quartiersmanagement und hat wenig Ambitionen, MGH mitzufinanzieren. Bleibt zu hoffen, dass NRW sich letztlich doch noch an der MGH-Finanzierung beteiligt und nicht als einziges Bundesland ausschert. Im Juni 2015 fand im Landtag eine MGH-Präsentation statt, die erfolgreich war. Es hat sich jedoch auch gezeigt, dass einige Abgeordnete nicht gut über die Leistungen der MGH informiert waren. Hier hat das Landesnetzwerk noch einige Aufgaben vor sich. In NRW wurde eine Enquete-Kommission zum Thema „Zukunft der Familienpolitik in NRW“ einberufen, in der auch Christa Burghardt vom MGH Hagen mitarbeitet. Von den Ergebnissen wird erwartet, dass sie bundesweite Bedeutung haben werden.

Rheinland-Pfalz (Bericht von Felicitas Flöthner, MGH Koblenz)

Am 8.07.2015 fand die konstituierende Sitzung der LAG statt. 27 Mitglieder sind an diesem Tag der Landesarbeitsgemeinschaft beigetreten, mittlerweile sind es insgesamt 30 Mitglieder. „Die Landesregierung baut auf die MGH als wichtiges Infrastrukturangebot", so Abteilungsleiter Klaus-Peter Lohest aus dem MIFKJF RLP. Die Häuser der Familie (Landesprogramm, alle MGH sind auch Haus der Familie, es gibt aber noch weitere Häuser, die nur Häuser der Familie sind) konnten eine Fehlmittelförderung beantragen. So gibt es Häuser, die derzeit bis zu 10.000 € vom Land erhalten für die nachhaltige Sicherung des Betriebes der Häuser der Familie. Es gab eine Anfrage der Ministerin, ob die Häuser der Familie, die kein MGH sind auch in die LAG können. Das MIFKJF RLP hat andere Abteilungsleiter aus anderen Ministerien gemeinsam mit den MGH eingeladen, damit die anderen Ministerien das Programm MGH kennen lernen und die Häuser über Förderprogramme der anderen Ministerien informiert werden. Weiterhin gibt es eine Servicestelle „Familie stärken" des Landes. Hier werden Familieneinrichtungen in RLP, also unter anderem die Häuser der Familie /MGH mit Fachtagen, Informationen und einer Internetplattform unterstützt. Es gibt eine Einladung des Sprecherrates LAG RLP in die Abteilung Anfang November 2015.

Saarland (Bericht von Christian Gräber, MGH Saarlouis)

Nach der Gründung der „AG Mehrgenerationenhäuser" unter dem Dach der LIGA Saar zu Beginn dieses Jahres wurde in der letzten Sitzung am 17.6.2015 die erste Einrichtung außerhalb des Aktionsprogramms Mehrgenerationenhäuser II in das Landesnetzwerk aufgenommen. Dabei handelt es sich um das „Haus der Generationen" in Wallerfangen. Die Einrichtung steht in kommunaler Trägerschaft; darüber hinaus gibt es einen Förderverein zur Einbindung bürgerschaftliche Engagements. Leitmaxime in Wallerfangen ist es, die Begegnung von Jung und Alt zu fördern. Im Rahmen des Treffens am 17.06. 2015 wurden auch die 3 Delegierten für das Bundesnetzwerk Mehrgenerationenhäuser gewählt. In seinen weiteren Aktivitäten fokussiert sich das Landesnetzwerk aktuell darauf, bekannt zu werden, um in erster Linie weitere Organisationen, die auch außerhalb des APII nach den Leitlinien der MGH arbeiten, einzubinden. Das nächste Treffen ist dazu als Visitation des Mehrgenerationendorfs Bietzerberg geplant, das in Trägerschaft des Vereins Bietzerberg-miteinander-füreinander e.V. steht.

Sachsen (Bericht von Maren Düsberg, MGH Bernsdorf, Susanne Hartzsch-Trauer, MGH Zwickau)

Sachsen hat für die Landesvernetzung einen Verein gegründet (Vorstand aus 3 Personen und erweiterter Vorstand als Beratungsgremium). Diese Rechtsform hat sich z.B. für Modellprojekte als günstig erwiesen, weil Anträge über den KSV etc. leicht gestellt werden können. Mitglied im Verein sind derzeit 32 MGH. Der Verein hat sich auch gegenüber Häusern außerhalb des Aktionsprogramms geöffnet, die intergenerativ arbeiten. Mit dem Sozialministerium gibt es eine Arbeitsgruppe. Daraus sind im letzten Jahr ein Modellprojekt („Familien profitieren von Generationen“ – Preis bei „Deutschland, Land der Ideen“) und eine Studie („Einbindung der MGH in die soziale Infrastruktur des Freistaates Sachsen“) zusammen mit dem ISS Frankfurt entstanden. Aktuell wird eine neue Studie beantragt, die das SMS angeregt hat: „MGH und integrierte Sozialplanung“. Das Modellprojekt soll Impulse für integrierte Sozialplanung in Sachsen geben, für die MGH als Vernetzungszentrum wirken könnten. Für die Öffentlichkeitsarbeit wurde eine Ausstellung über die sächsischen MGH und ihren Dachverband erarbeitet sowie ein Portfolio für Gespräche mit Abgeordneten.

Sachsen-Anhalt (Bericht von Birgit Wessel, MGH Bitterfeld-Wolfen)

Zurzeit sind 19 Mehrgenerationenhäuser in Sachsen-Anhalt Mitglied der LAG. Vertretungsberechtigt ist ein Sprecherinnenrat (3 Personen), der zugleich auch in die Arbeitsgruppen des Bundesnetzwerkes delegiert wird. Das Gremium LAG Sachsen-Anhalt tagt in der Regel im Anschluss an die Moderationskreistreffen. Zurzeit sind in Vorbereitung ein parlamentarischer Abends mit den Mitgliedern des Landtags Sachsen-Anhalt zum

Thema Verstetigung der MGH in Sachsen- Anhalt. Der Termin ist der 12. November 2015 in Magdeburg. Eingeladen werden die Mitglieder der Ausschüsse Sport und Inneres, Landesentwicklung und Verkehr, Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien, Finanzen, Recht, Verfassung und Gleichstellung, Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie Arbeit und Soziales. Zu den Themen:
1. Partizipation/ politische Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in MGH
2. Erwachsenenbildung in MGH

Ein Projektantrag aus dem Landesprogramm „Demokratie stärken – Du bist Politik“ wird für die LAG gestellt. Projekttitel: Mehrgenerationenhäuser – Strukturen für Demokratie, politische Beteiligung und bürgerschaftliches Engagement in sozialen Nahräumen. Zielgruppe sind Jugendliche, Menschen mit Migrationshintergrund sowie Familien und Senioren. Die Laufzeit ist Oktober 2015 bis Juni 2016. Der parlamentarische Abend ist Bestandteil der Projektförderung. Wichtig zu erwähnen ist noch, dass ein häufiger Wechsel der MGH-Koordinatoren in den Häuser die kontinuierliche Arbeit der LAG behindert.

<u>Schleswig-Holstein (Bericht von Wiebke Finck, MGH Bad Oldesloe, Helmut Priebe, MGH Kellinghusen)</u>

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Mehrgenerationenhäuser (LAG MGH) in Schleswig-Holstein trifft sich seit der Gründung am 2. März 2011 regelmäßig vierteljährlich. Die Häuser sind gut miteinander im Gespräch. Überaus erfreulich auch sind die Moderationskreistreffen mit den Kolleginnen und Kollegen aus Hamburg. Insgesamt gibt es auch einen sehr positiver Austausch mit zahlreichen anderen Bundesländern. Die kollegiale Beratung wird in Anspruch genommen. Die MGH in Schleswig-Holstein sind allesamt bemüht, Kommunalpolitiker in ihre Arbeit einzubinden. Bereits realisiert wurde eine gemeinschaftliche Präsentation der Schleswig-Holsteiner MGH, die auch für die Politik und Verwaltung als Kurzpräsentation dienen soll. Diese kann von den Häusern jederzeit bedarfsgerecht verändert und angepasst werden.
In der Präsentation zeigt sich die Vielfalt der MGH. Wunsch ist, Bundes- und Landes-Projekte, an denen die MGH zusätzlich beteiligt sind, in die Präsentation mit einzubauen (z.B. Elternchance ist Kinderchance, Bildungslandschaften, Wellcome, ElternbegleiterInnen und mehr). Ein Vorschlag ist auch für die Sicherung des MGH „Know-how“ und die Nachhaltigkeit der Vernetzungsarbeiten, Gelder beim Land zu beantragen.

Der LAG MGH Sprecherrat hat mit Landtagsabgeordneten Gespräche geführt, so unter anderem mit :

- Kristin Alheit (SPD), Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung
- SPD Sozialausschusses des Landtages

- CDU Arbeitskreis Soziales Katja Rathje-Hoffmann, Hans Hinrich Neve,
- FDP Dr. Heiner Garg Landesvorsitzender der FDP Schleswig – Holstein und parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion, Anita Klahn, bildungspolitische Sprecherin.
- Franz Thönnes (SPD), Bundestagsabgeordneter, Parlamentarischer Staatssekretär a.D.
- Tobias von Pein, Martin Habersaat (SPD) Landtagsabgeordnete
- Regelmäßige Kontakte zu Kreistagsabgeordneten (Kreis Stormarn und weitere)

Ferner ergaben sich Tischgespräche anlässlich eines Abendessens des Ministerpräsidenten des Landes Schleswig – Holstein, zu dem Wiebke Finck und Andrea Kefrig- Blase als Vertreterinnen der MGH eingeladen waren. Die Bildungsministerin Britta Ernst und die Staatssekretärin des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Frau Dr. Silke Schneider wurden über die Arbeit der MGH informiert.

In Planung befindet sich eine Zukunftswerkstatt über die programmatische Ausrichtung der MGH in Schleswig-Holstein. Für die Mehrgenerationenhäuser muss man immer werbend tätig sein, da sich neue Politikerinnen und Politiker mit dieser Thematik noch nicht vertraut gemacht haben.

Thüringen (Bericht vom Monika Schreier, MGH Sondershausen, Dorren Voigt, MGH Stadtroda)

Die Vernetzung der Thüringer Mehrgenerationenhäuser gelingt seit 2010 gut. Unter der Federführung des Generationenbeauftragten der Thüringer Landesregierung Herrn Panse wurde eine Institution geschaffen, die sich auch um die Vernetzung der MGH bemüht hat. Nach der Wahl wurde diese Stelle nicht mehr besetzt und die VertreterInnen der Thüringer Mehrgenerationenhäuser haben lange darüber diskutiert, ob es sinnvoll ist, in Thüringen eine Landesarbeitsgemeinschaft zu gründen. Diese Idee wurde wieder verworfen, da die MGH alle beim Moderationskreistreffen zusammenkommen und sich als "Netzwerk der Thüringer Mehrgenerationenhäuser" auch verstehen. Im Hinblick auf eine mögliche Verstetigung des MGH II- Programms für die Zukunft begrüßen wir eine Zusammenarbeit auf Bundesebene (Ländervernetzung) und haben 3 Delegierte benannt, welche die Interessen Thüringens auf Bundesebene vertreten werden und auch bei der Bundesdelegiertenkonferenz im November 2015 in Berlin dabei sein werden.